die Tarifrunden. Sie verlangten monatliche Ausbildungsvergütungen von 280 bis zu 565 Mark, die sich prozentual am Lohn des Facharbeiters orientieren sollen, sowie 26 Mark vermögenswirksame Leistungen. Dazu wollen sie noch Fahrgeld und Kosten für außerbetriebliche Ausbildung erstattet haben.

Nach 16stündigen zähen Verhandlungen mußten die jungen Gewerkschaftler jedoch erkennen: „So einfach geht das doch nicht" (Meyer). Der erfahrene Tarifexperte Schweitzer kritisierte: „Ihr dürft nicht zuviel auf einmal vortragen, vor allem wenn die Unternehmer die Sache nicht ganz ernst nehmen."

Fabrikant Rhodius, Leiter der Arbeitgeber-Kommission, sah es anders: „Wir haben das sehr ernst genommen." Die Unternehmer lehnten es freilich kategorisch ab, die Lehrlingsgelder an den Lohn des Facharbeiters zu binden und damit automatisch bei jeder Lohnsteigerung zu erhöhen. Der Unterschied zwischen „richtiger Arbeitsleistung und dem Stadium des Lernens", so der Vorsitzende des Landesverbandes der Chemischen Industrie Rheinland-Pfalz und CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Udo Giulini, müsse auf jeden Fall erhalten bleiben. Giulini: „Das lassen wir uns nicht umfunktionieren."

Mit dieser Argumentation schürten die Unternehmer den alten Gewerkschaftsstreit, ob Lehrlinge selbständig Forderungen stellen und damit auch streiken dürfen oder nicht. Nach herrschender Meinung nämlich darf ein Lehrling nicht in den Arbeitskampf treten, da das Lehrverhältnis kein Arbeitsverhältnis im üblichen Sinne ist. Dieser Auffassung hat sich bisher auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) angeschlossen. Er spricht Lehrlingen generell das Recht ab, an Urabstimmungen und Streiks teilzunehmen.

Hilfesuchend wandten sich deshalb die Jugendfunktionäre verschiedener Einzelgewerkschaften an ihre Arbeitsrechtler. Und diese begannen prompt einen internen Expertenstreit:

- ▷ Dr. Erich Frey, Justitiar der IG Druck und Papier, führt auf fünf Schreibmaschinen-Seiten aus, Lehrlings-Streiks seien ungeeignet, Forderungen durchzusetzen, und damit unzulässig. Überdies gebe es in dieser Frage „keine Rechtsprechung, wahrscheinlich deswegen, weil Lehrlinge bisher noch nicht streikten";
- ▷ dagegen vertritt DGB-Justitiar Dr. Heinz Gester die Auffassung, es sei mit dem Grundgesetz (Artikel 9,3) nicht zu vereinbaren, Ausbildungs- von Arbeitsverhältnissen zu trennen. Deshalb müßten Lehrlingen die gleichen Rechte wie anderen Arbeitnehmern zugebilligt werden.

Noch ist die juristische Frage, ob Lehrlinge streiken dürfen, nicht akut. Denn am Mittwoch dieser Woche gehen die Südwest-Lehrlinge mit ihren Unternehmern erst einmal in die Schlichtungsverhandlung. Bezirksleiter Schweitzer klärte seine jungen Tarifstrategen über die Modalitäten dieser Einrichtung auf: „Ihr werdet eingesperrt wie bei einer Papst-Wahl und könnt nicht auf die Toilette gehen, ohne daß einer mitgeht."

Die Lehrlinge wollen in der Klausur erreichen, daß „unsere Kuh sich auf der Unternehmerweide endlich einmal satt fressen kann" (Jugendsekretär Meyer). Notfalls müsse in der letzten Instanz, der Bundesschlichtung, erneut verhandelt werden. Scheitert auch das, so drohen die Jung-Gewerkschaftler, könnten die 5000 rheinland-pfälzischen Lehrlinge (davon sind 3000 organisiert) in den Streik treten.

Gewerkschafts-Jurist Frey: „Die rechtlichen Voraussetzungen und die praktischen Auswirkungen wären eine Dissertation wert."

PARTEIEN

SPD MÜNCHEN

Zweite Wahl

Schorschi Keil, 57, Elektriker bei BMW, seit 43 Jahren Mitglied der SPD und seit 15 Jahren Vorsitzender der Sektion „Laim III" des Münchner Unterbezirks, zog vor 44 Genossen im Hinterzimmer der Gaststätte „Huiras" die Bilanz der letzten Monate: „Es war die schlimmste Zeit meines Lebens."

In der Tat ging die Münchner SPD mit ungewohntem Elan ins erste Halbjahr der 70er Jahre. Während sich bislang nur gestandene SPD-Männer vom Kaliber des „königlich-bayrischen Sozialdemokraten" (Parteijargon) und Ministerpräsidenten a. D. Wilhelm Hoegner, 82, zuweilen ideologiefreie Schimpfwörter wie „Greenhorn" leisten konnten, belegten sich nun ganz gewöhnliche Genossen untereinander mit Verbalinjurien wie „Faschistenhelfer" oder „pseudo-revolutionäre Scharfmacher".

Am vorletzten Wochenende wurde diesem Vokabular „der Zerrissenheit und Zerfleischung" (so ein Mahnbrief eines SPD-Kollektivs unter Hoegner an die 11 000 Münchner Genossen) auf einem außerordentlichen Landesparteitag ein Limit gesetzt. Münchens Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, Star der bayrischen SPD: „In Zukunft wollen wir nur noch 20 Prozent unserer Kraft für innere Reibereien aufwenden."



Münchner Oberbürgermeister **Vogel**
Erfolg im Nebenzimmer



Münchner SPD-Vorsitzender **Meyer**
Eroberung nach Mitternacht

Die „anarchistischen Sektierer" (Vogel) hatten sich zu Beginn des Jahres mehr erlaubt. Durch parteipolitische Basisarbeit erschlossen sich die Jungen die Macht in der Partei. In die geruhsamen Kartenrunden und Damenkränzchen der 69 Münchner Sektionen, wo um die Jahreswende die Delegierten zum Parteitag gewählt wurden, drängten unvermittelt Jungsozialisten, die nicht im Kartenspiel, sondern bei den bevorstehenden Vorstandswahlen in München gewinnen wollten.

Sie taten sich leicht. Denn an den Partei-Stammtischen in den Sektions-Wirtshäusern, wo man Parteiämter per Zuruf („Schorschi, packst as du wieder") zu vergeben pflegt, saßen häufig weniger Genossen, als Delegierte zu bestimmen waren. Schon aus diesem Grund fielen den Jusos Mandate zu, den Rest eroberten sie sich durch Debatten bis tief in die Nacht: Die Alten räumten übermüdet und noch vor den Delegiertenwahlen die Nebenzimmer.

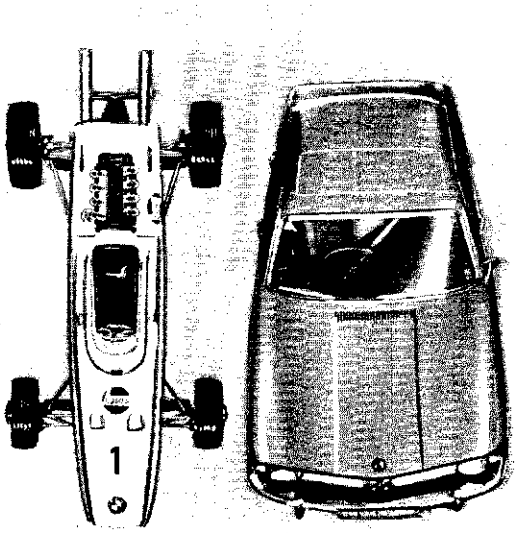
Das Ergebnis der Nachtarbeit in den Sektionen zeigte sich am 21. Februar. Die 220 Delegierten des Münchner Parteitags wählten einen Unterbezirksvorstand, der ausschließlich aus Akademikern besteht und von der CSU sogleich als „Rote Inquisition im Trachtenlook" abqualifiziert wurde.

Der neue Vorsitzende Helmut Meyer, als stellvertretender Schulreferent im Rathaus Untergebener des Oberbürgermeisters, nun aber in der Partei dessen Vorgesetzter, hatte mit Vogel bald „immer wieder schwere persönliche Differenzen" (Meyer). Der Zwist

Hiermit geben wir bekannt:

BMW bestreitet die Rennsaison 1970 wieder mit Castrol!

Warum wohl?



wenn es um Sicherheit geht ▮ wenn alle Risiken aus – geschaltet werden müssen ▮ wenn Hundertstelsekunden entscheiden ▮ wenn man nicht liegen bleiben darf ▮ wenn man in jeder Beziehung gewinnen will ▮

dann wählt man eben CASTROL
zum Beispiel XL 20 W-50 (HD)

Castrol

CASTROL erhalten Sie an allen DEA- und TEXACO-Tankstellen. ▮ An allen Bundes-Autobahntankstellen. ▮ An über 15 000 Werkstätten und KFZ-Vertretungen. ▮ Praktisch überall. ▮ Sie müssens nur verlangen. ▮

war eine Folge von Meyers Programm: „Ich wünschte mir, daß in München ähnlich wie in Hessen-Süd eine Avantgarde der Partei entsteht."

An der sich abzeichnenden linken Achse Kiel-Frankfurt-München aber wollte Vogel nicht zum fünften Rad werden: „Ich bin doch nicht euer Kreisel!" Zwei Wochen nach Meyers Wahl entzog sich der seit zehn Jahren erfolgreiche OB dem Einfluß des neuen Parteivorstands. Nur bis zum Ablauf seiner Amtsperiode, 1972, wolle er in München bleiben.

Denn was der siebenköpfige Intellektuellenvorstand in einem „kommunalpolitischen Schwerpunktprogramm" schon für die nächste Legislaturperiode forderte, wollte der auch von Konservativen gestützte Oberbürgermeister nicht durchsetzen:

- ▷ kostenlose Gesundheitsfürsorge, Sozialisierung der Arztpraxen und Verstaatlichung der Arzneimittelindustrie;
- ▷ Kommunalisierung des Bodens und Einführung der absoluten Mietpreisbindung;
- ▷ Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel.

Um derlei Unheil (Vogel: „finanzieller Ruin der Stadt") abzuwenden, sah der Partei-Star, der zunächst in die Landespolitik hatte abwandern wollen, nun plötzlich eine zweite Möglichkeit: Wegen der Herabsetzung des Wahlalters per Volksentscheid mußten die sonst für zwei Jahre wirksamen Delegiertenwahlen vom Januar noch einmal wiederholt werden.

Wie zuvor die Jusos, machte sich nun der OB an die Basisarbeit. Und wie die Jusos profitierte auch Vogel von der herkömmlichen Lethargie der Münchner Partei-Apparatur. Durch einen Brief altgedienter Genossen wie Wilhelm Hoegner und dem Ex-Parteivorsitzenden Waldemar von Knoeringen wurde die dem Bier wie Kartenspiel sonst fernbleibende „silent majority" der Münchner Sektionen aufgefordert, „dieser Entwicklung entgegenzutreten" und neue Delegierte zu wählen.

Die Vogel-Schar, die in die Sektions-Nebenzimmer ausschwärmte, hatte teilweise Erfolg. In der Sektion des Partei-Patrons Wilhelm Hoegner, wo auch Sohn Harald und Enkel Willi Sitz und Stimme haben, wurde ein Mißtrauensantrag gegen den Meyer-Vorstand formuliert. Die Sektion Neuhausen-Nymphenburg wählte Vogel selber zum Delegierten. Und in Ramersdorf wählten die Genossen kurzerhand jeden ab, der jünger war als 40.

Dies freilich gelang mancherorts auch den Jungen — nur umgekehrt. In der Sektion Briennerviertel ließen die Jusos keinen ran, der älter war als 35. „Eine Polarisierung der Gegensätze", jammerte Parteichef Meyer, „ein Freund-Feind-Verhältnis, eine Kluft zwischen jung und alt." So schlimm wurde es dann doch nicht. Nach Abschluß der zweiten Wahl am Mittwoch letzter Woche war „alles ausgegangen

wie das Hornberger Schießen" (Meyer).

So hat sich in der Münchner SPD „trotz der lauten Donnerschläge" („Süddeutsche Zeitung") nun doch nichts geändert:

- ▷ Hans-Jochen Vogel, der sich schon in die Rolle des SPD-Landesvorsitzenden einzuleben begann, will nun bis 1978 OB bleiben;
- ▷ Helmut Meyer, den der Hoegner-Stammtisch hatte stürzen wollen, sieht sich durch die neuen Delegierten „in keiner Weise gefährdet";
- ▷ die lauthals angekündigten Parteiausschlußverfahren, mit denen die Partei von den „anarchistischen Sektierern" gesäubert werden sollte, laufen ungezielt „gegen Unbekannt".

Auch draußen in den Sektions-Wirtshäusern ist die gewohnte Ruhe wieder eingekehrt. Schorschi Keil von „Laim III" ging am Mittwoch, das vierte Helle vor sich, wieder zur Tagesordnung über: „Am Samstag is' unser Kinderfest. Wer von die Frauen tuat mithelfen und die Kakao-Tassen spüiln?"

SPD BERLIN

Schrecklich verfilzt

Morgens um acht, im „Donnerstags-Kreis", dem Treffpunkt linker und liberaler West-Berliner SPD-Prominenz, rieten ihm die Genossen zu taktischer Zurückhaltung: „Das hat keinen Sinn, das hat keine politische Perspektive."

Sie mahnten vergebens: Am Donnerstag vorletzter Woche, fünf Stunden nach der Morgen-Konferenz, legte Carl-Heinz Evers, 48, bis zum März dieses Jahres West-Berliner Schulsenator und seit Mai Mitglied des Bonner SPD-Parteivorstandes, sein Parlaments-Mandat nieder.

Evers: „Das ist meine Konsequenz aus dem Konflikt zwischen der Loyalität zur SPD und meinem politischen Gewissen."

Vier Tage darauf, am Montag letzter Woche, verzichtete auch Heinrich Albertz, 55, von Dezember 1966 bis Oktober 1967 Regierender Bürgermeister der Halbstadt. Er erklärte sich „mit dem Schritt des Kollegen Evers ausdrücklich solidarisch" und gab gleichfalls seinen Sitz im Schöneberger Abgeordnetenhaus ab.

Anlaß für den spektakulären Schritt bot den beiden Stadt-Prominenten das vom Berliner SPD-Senat dem Parlament zur Verabschiedung vorgelegte „Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin" (UZwG).

Das „Handgranaten-Gesetz" räumt dem Innensenator das Recht ein, bei „einer drohenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung" „besondere Waffen" (Handgranaten und Maschinengewehre) einzusetzen.



Zurückgetretener **Albertz**
„Die Berliner SPD ...

In der SPD-Fraktion hatte Evers gegen das Gesetz gestimmt und war daraufhin gemeinsam mit neun weiteren Abgeordneten vom stramm rechten Fraktionsvorstand aufgefordert worden, der Verabschiedung des Gesetzes durch das Berliner Parlament fernzubleiben, um nicht gegen die „Mehrheit zu demonstrieren".

Albertz, der an Fraktionssitzungen schon seit Monaten nicht mehr teilgenommen hatte, erschien im Abgeordnetenhaus. Er sprach, von seinem Genossen, dem Parlaments-Präsidenten und West-Berliner DGB-Boß Walter Sickert als seltener Gast begrüßt („Das Wort hat der Abgeordnete ... wie heißt doch dieser Herr"), gegen das Gesetz und stimmte wie drei weitere Fraktions-Kollegen mit Nein.

Ursache ihres Rückzuges aus der West-Berliner Kommunal-Politik jedoch waren nicht allein das Drängen



Zurückgetretener **Evers**
... ist die CSU der Gesamtpartei"

der Partei auf die schnelle Verabschiedung des Gesetzes und die Pressionen gegen die Fraktions-Minderheit. Dieser „Ungeist der Intoleranz und der Gewalt" (Albertz) bestätigte den beiden Verzicht-Politikern vielmehr, was Carl-Heinz Evers schon Wochen zuvor erkannt hatte: „Die Berliner SPD ist die CSU der Gesamtpartei."

Die „Außenseiter" („Frankfurter Rundschau") bedrückt, daß der traditionell zerstrittene, derzeit vom rechten Flügel beherrschte Landesverband Willy Brandts Ostpolitik „hinter vorgehaltener Hand kritisiert" (Evers), in „feindliche Heerhaufen zerfallen ist", denen es „nur darum geht, auf Stühle zu kommen, auf Stühlen zu sitzen und auf Stühlen zu bleiben" (Albertz), daß schließlich der Berliner Parteivorstand politischen Diskussionen ausweicht und seinen Willen „per Ordnungsmaßnahmen durchsetzt" (Evers).

In dieser „schrecklichen Verfilzung von Gruppen und Personen" (Albertz) fühlten sich die beiden linksliberalen Sozialdemokraten seit langem deplaciert. Schon Ostern 1968 begriffen ihn die Genossen nicht. Damals, nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, hatte der Ex-Bürgermeister, der nach dem harten Polizei-Einsatz beim Schah-Besuch im Juni 1967 demissioniert war, um Verständnis für die rebellierende Jugend geworben. Klaus Schütz: „Das hat Berlin nicht geholfen."

Sie nahmen ihm übel, daß er 1969 in einer „Denkschrift für eine realistische Deutschland-Politik" die Anerkennung der DDR befürwortete. SPD-Mann Riebschläger: „Kommunistische Forderungen." Und sie verstanden auch nicht, weshalb der frühere Pastor resigniert Fraktion, Abgeordnetenhaus und Parteiabende mied.

Dem renommierten Pädagogen Evers, der im März aus Protest gegen die Kürzung der für sein Schulprogramm erforderlichen Mittel zurücktrat, lastete die Schöneberger SPD-Mehrheit an, er habe über seiner Experimentier-Freudigkeit die praktische Arbeit vernachlässigt. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Stobbe: „Ideen haben wir genug. Was wir jetzt brauchen, ist ein Verwalter, der sie ausführt."

Freilich: Daß der Rückzug der Parteikritiker aus dem Stadt-Parlament West-Berlins Sozialdemokratie nicht dazu verleiten wird, sich aus ihrer „provinziellen Selbstisolierung" (Evers) zu lösen, ist sicher. Genossen aus dem „Donnerstags-Kreis" warfen Albertz und Evers denn auch vor, sie hätten mit ihrer Entscheidung den rechten Flügel gestärkt und die Chancen für einen Wandel der Partei gemindert. Jungsozialisten-Chef Jürgen Egert: „Ein Akt politischer Selbstverbrennung."

Carl-Heinz Evers jedoch glaubt an ein Comeback. Er will im Frühjahr nächsten Jahres bei den Wahlen im SPD-Kreis Zehlendorf für ein Parteiamt kandidieren.

Pastor Albertz hingegen vertraut vor allem der Kraft des Wortes: „Wenn ich meine, man müßte den Mund aufmachen, werde ich es auch weiterhin tun."